

PRESSEMITTEILUNG

Pressekontakt

Anke Röver
089 / 2620715-07
presse@vdpb-bayern.de

VdPB fordert sichere Versorgung mit Schutzausrüstung für alle Pflegenden

Mangel an Schutzkleidung verschärft sich zusehends / Sorge der Pflegenden bei Ausbleiben der Nachlieferungen berechtigt / Alle Pflegesettings müssen ausreichend ausgestattet werden

München, 19.03.2020 – Noch ist die große Welle der schwer an COVID-19 erkrankten Patientinnen und Patienten mit intensivmedizinischem Versorgungsbedarf nicht in den Kliniken angekommen. Dennoch häufen sich Meldungen, dass die Bestände an Schutzausrüstungen in medizinischen und pflegerischen Versorgungseinrichtungen zur Neige gehen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder und die bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml bestätigten in einem Interview den sich durch die weltweite Corona-Krise verschärfenden Mangel an dringend benötigtem Schutzmaterial. Sie kündigten an, Nachlieferungen seien in Kürze zu erwarten, das Material sei bestellt und zum Teil sogar schon bezahlt, solange greife man auf Restbestände zurück. Die Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) weist in dem Zusammenhang auf die wachsende und berechtigte Sorge der beruflich Pflegenden hin, ohne ausreichenden Schutz der eigenen Gesundheit die Versorgung der Patientinnen und Patienten nicht mehr leisten zu können.

„Wir haben bereits vor ein paar Tagen deutlich gemacht, dass der Gesundheitsschutz des Personals in den Versorgungseinrichtungen absolute Priorität haben muss, da wir uns in dieser Situation weder Ausfälle noch Infektionsketten mitten in die Risikogruppen hinein leisten können. Natürlich machen sich die Pflegenden Sorgen, dass sie wegen des Mangels an Schutzkleidung ein hohes Risiko eingehen, erstens selbst zu erkranken und zweitens durch eine mögliche Ansteckung das Leben der von ihnen versorgten Menschen zu gefährden“, stellt Georg Sigl-Lehner, Präsident der VdPB, fest. Der Mangel an Schutzausrüstungen habe schon jetzt ein bedenkliches Ausmaß erreicht, sodass das Vertrauen auf eine rechtzeitige Lieferung nur ein Teil der Lösung sein könne.

Ministerpräsident Markus Söder hat in seiner Regierungserklärung am heutigen Donnerstag deutlich gemacht, dass in Kürze etwa 800.000 Schutzmasken vom Bund in Bayern eintreffen werden. Zudem soll von kommender Woche an eine eigene Produktion in Bayern starten. Diese Schutzmasken sollen laut Regierungserklärung Kliniken und Arztpraxen zur Verfügung gestellt werden. Niemand kann aber derzeit voraussagen, ob diese Maßnahmen ausreichend sind.

Sigl-Lehner drängt darauf, für eine gerechte Aufteilung der Schutzausrüstung zu sorgen und alle Pflegesettings in die Überlegungen miteinzubeziehen. Kolleginnen und Kollegen müssten sich sowohl in der Akutversorgung in Praxen und Kliniken als auch in ambulanten Diensten und in Einrichtungen der Langzeitpflege auf flächendeckende Versorgung mit Schutzkleidung verlassen können, betont der VdPB-Präsident die Dringlichkeit und ergänzt: „Auch die Pflegenden in der Langzeit- und ambulanten Versorgung haben einen Anspruch darauf, in ihrer beruflichen Tätigkeit ausreichend geschützt zu werden. Wenn ausgerechnet jene, die die sensibelste und vulnerabelste Risikogruppe versorgen – nämlich die Hochbetagten und mehrfach Vorerkrankten –, bei der Verteilung der angekündigten und immer noch sehr spärlichen Nachlieferungen nicht berücksichtigt werden, ist die Katastrophe vorprogrammiert. Die VdPB sieht mit großer Sorge, dass dieser Teil der Berufsgruppe in den Äußerungen des Ministerpräsidenten und der bayerischen Gesundheitsministerin keine Erwähnung findet.“

Die VdPB

*Die **Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB)** ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und ein unabhängiges Sprachrohr von und für professionelle Pflegekräfte in Bayern. Die VdPB wurde 2017 auf Grundlage des vom Bayerischen Landtag verabschiedeten Pflegendenvereinigungs-gesetz gegründet und hat unter anderem die Aufgabe, die Qualität der Pflege weiterzuentwickeln – sowohl im Interesse der Berufsgruppe als auch für die Versorgungssicherheit für die Menschen in Bayern. Dazu wirkt die VdPB an Gesetzgebungsverfahren mit und vertritt die Pflegenden in Gremien wie beispielsweise dem Landespflegeausschuss. Zudem berät sie ihre Mitglieder kostenlos in berufsrechtlichen, berufsethischen und fachlichen Fragen und engagiert sich für die Fort- und Weiterbildung der beruflich Pflegenden. Die VdPB ist außerdem die für die Registrierung der Praxisanleitungen in der Pflege und die Erfassung der Fortbildungsnachweise für Praxisanleitungen zuständige Behörde. Die Mitgliedschaft in der VdPB ist für professionell Pflegende freiwillig und kostenlos. Präsident der VdPB ist Georg Sigl-Lehner.*